

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

07.03.2023

Inhalt

EWN

1 Schwere Vorwürfe gegen Schwesig <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 07.03.2023</i>	3
2 Wirtschaft in MV fordert mehr Umsicht bei der Energiewende <i>Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 07.03.2023</i>	4
3 USA weisen Sabotage-Vorwürfe zurück <i>Handelsblatt, 07.03.2023</i>	5

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 07.03.2023 | S. 14 Auflage: 26.542 | Reichweite: 70.189 OZ

UMSTRITTENE KLIMASTIFTUNG MV

Schwere Vorwürfe gegen Schwesig

Wann hat sie von den verbrannten Akten gewusst?

Der Vorwurf gegen MV-Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) ist schwerwiegend: Sie habe früher von den verbrannten Steuerakten der umstrittenen Umweltstiftung MV gewusst, als sie behauptet. Diese Anschuldigung erhebt Matthias Deiß, Moderator der ARD-Sendung „Bericht aus Berlin“, in einem Interview mit der SPD-Politikerin.

Die Politikerin wehrt sich allerdings gegen die Anschuldigungen: Die zwei Minister hätten Bescheid gewusst, sie aber nicht informiert. Und das sei auch richtig so, denn: „In steuerliche und staatsanwaltschaftliche Angelegenheiten hat sich eine Ministerpräsidentin nicht einzumischen und das geht sie auch nichts an“, sagt Schwesig im ARD-Interview.

Sie beteuert, dass sie erst in der vergangenen Woche aus den Medien von der Verbrennung der Akte erfahren habe. Grund dafür sei vor allem das Steuergeheimnis, weswegen der Finanzminister Steuerbelege nicht mit Dritten teilen darf. Laut Deiß gab es aber schon im November 2022 die ersten Anfragen, das Steuergeheimnis für den Finanzminister auszusetzen. Das sei aber von der MV-Regierung blockiert worden. Ob es ein Fehler gewesen sei, dieses Verfahren

blockiert zu haben? Darauf antwortet die Ministerpräsidentin nur ausweichend: Geue habe sich bemüht, konnte das Steuergeheimnis jedoch nicht vollumfänglich aufheben. Das geschah erst vor wenigen Tagen durch die Klimastiftung MV, woraufhin der Finanzminister auspackte. Manuela Schwesig betont außerdem, dass das Verbrennen der Steuerakten ein „individuelles Fehlverhalten“ der Mitarbeiterin war. „Dort hat kein Einfluss von Politik stattgefunden“, sagt sie.

Sowohl aus dem Landtag Mecklenburg-Vorpommerns sowie bundesweit gibt es von Politikern schwere Anklagen. So wirft CDU-Generalsekretär Mario Czaja ihr mangelnden Aufklärungswillen vor. „Es ist weiterhin aus Mecklenburg-Vorpommern nur Vertuschen, Trickesen, Täuschen angesagt“, sagte Czaja am Montag im RTL/ntv-Magazin „Frühstart“. „Wir erleben weiterhin ein Versteckspiel.“

Die verbrannte Akte, um die es im „Kamin“-Gate geht, war wichtig für die Festlegung von 9,8 Millionen Euro Schenkungssteuer. Diese soll die Klimastiftung für die 20 Millionen Euro zahlen, die sie von der Gazprom-Tochter Nord Stream 2 AG bekam.

Wirtschaft in MV fordert mehr Umsicht bei der Energiewende

Landesregierung und Wirtschaft waren in den vergangenen Jahren als Krisenmanager gefordert. Dass sich die Unternehmen dabei nicht immer gut behandelt fühlten, wurde beim Jahresempfang deutlich.

Hasenwinkel/Rostock. Es war gefühlt fast eine Art Wiedergeburt – nach langer Pandemiepause fand erstmals wieder der Jahresempfang der Vereinigung der Unternehmerverbände (VU) in MV statt. Und wie es sich für einen solch feierlichen Anlass gehört, standen hochrangige Gäste auf der Teilnehmerliste. Ob Vize-Landtagspräsidentin Beate Schlupp, Finanzminister Heiko Geue oder die Staatssekretäre Jochen Schulte (Wirtschaft) und Patrick Dahlemann (Chef der Staatskanzlei) – Politik- und Wirtschaftsvertreter kamen in ebenso aufregenden wie brisanten Zeiten zum gegenseitigen Meinungsaustausch im Schloss Hasenwinkel zusammen.

Lars Schwarz, Präsident der VU, freute sich auf den „Spirit von Hasenwinkel“ und konzentrierte sich in seiner Rede auf die anhaltende Energiekrise mit all ihren Folgewirkungen sowie die für alle sicht- und spürbare Arbeits- und Fachkräfteproblematik. „Die Instrumentarien der Gas- und Strompreisbremsen haben ihre Wirkung noch nicht entfalten können und doch können wir bereits feststellen, dass gerade bei den klein- und mittelständischen Betrieben die Maßnahmen nicht so greifen, wie man es sich erhofft hat“, betonte Schwarz in Richtung Politik. Oftmals seien die einzuhaltenden Kriterien und Voraussetzungen für die Unternehmen so beschrieben, dass sie nicht in den Genuss der notwendigen Entlastungen kommen würden. Hier müsse zeitnah nachgesteuert werden – im Bund wie auch im Land, forderte der Arbeitgeberprä-

sident.

Schwarz bezeichnete die Energiekrise und die Energiewende als zwei Seiten derselben Medaille. „Die Krise beschleunigt die Prozesse der Energiewende. Sie setzt bisher nicht für möglich gehaltene Kräfte frei. Antrags- und Genehmigungsverfahren werden verkürzt. Erneuerbare Energieträger subventioniert und deren Entwicklung vorangetrieben. Politische Entscheidungen werden im Stundentakt getroffen“, sagte Schwarz – und ließ ein großes Aber folgen: „Leider oft ohne die sich daraus ergebenden Folgen in die Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen.“

Kritisch äußerte sich Schwarz in dem Zusammenhang zu all den energiepolitischen Entscheidungen des vergangenen Jahrzehnts. „Atomausstieg, Braunkohlestopp 2030, Stopp des Verbrennermotors 2035, keine neuen Erdöl- oder Gasheizungen ab 2024 und und und. Ankündigungen und Entscheidungen, die die Gesellschaft und vor allem die Unternehmen vor enorme Herausforderungen stellen, zum Teil vor nicht überwindbare Herausforderungen“, mahnte der Wirtschaftsvertreter und leitete eine Forderung der Unternehmerverbände ab. „Jede noch so notwendige Entscheidung sollte vom Ende her gedacht werden – und dabei die Praxis mit einbezogen werden. Wir stellen uns dieser Verantwortung und stehen bereit für ein konstruktives Zusammenwirken“, reichte Schwarz der Politik symbolisch die Hand.

NORD-STREAM-ANSCHLAG**USA weisen Sabotage-Vorwürfe zurück**

Erst gaben sich die Amerikaner wortkarg. Jetzt treten sie Berichten entgegen, sie hätten die Ostseepipelines gesprengt.

Ein kurzes, scharfes Dementi, das war's. Die US-Regierung hat bislang wortkarg auf den Nord-Stream-Bericht des Enthüllungsjournalisten Seymour Hersh reagiert. Hersh macht die USA für die Sprengung der Ostseepipelines verantwortlich. US-Kampftaucher hätten den Anschlag in enger Zusammenarbeit mit der norwegischen Regierung verübt, schreibt er in einem Blogbeitrag.

Doch mit seiner Schweigsamkeit hat das Weiße Haus die Spekulationen noch weiter angeheizt. Über die Hintergründe der Explosionen am 26. September 2022, bei denen beide Stränge der Pipeline Nord Stream 1 und einer von zwei Strängen der Schwesterleitung Nord Stream 2 zerbrachen, ist eine Debatte entbrannt, gerade in Deutschland. Der Bundestag hat sich schon mit den Hersh-Thesen beschäftigt, zuletzt sogar der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Jetzt ändern die Amerikaner ihre Strategie. James Rubin, Sonderbotschafter der US-Regierung für den Kampf gegen Desinformation, war vergangene Woche zu Gesprächen in Brüssel. Dabei stellte er klar: „Die Anschuldigungen sind unwahr. Es wäre verrückt von uns, so etwas zu tun. Und wir haben es nicht getan.“

Beteuerung der Unschuld

Hersh habe sich offenbar von Quellen füttern lassen, die „schräg und irrational“ seien. Der Grund für die bisher verhaltene Reaktion der US-Regierung sei das Kalkül gewesen, der Geschichte nicht noch mehr Aufmerksamkeit zu geben, „weil sie so aberwitzig ist“. Rubin, der 20 Jahre mit der CNN-Reporterin Christiane Amanpour verheiratet war, verfolgt einen offensiveren Ansatz: „Ich habe kein Problem damit, die Behauptungen in aller Deutlichkeit zurückzuweisen“, betonte er.

Die Amerikaner haben es allerdings nicht einfach, mit der Beteuerung ihrer Unschuld durchzudringen. Denn gerade um Nord Stream 2 tobte ein transatlantischer

Streit. Die USA warnten die Bundesregierung immer wieder davor, sich mit der Pipeline in eine Energieabhängigkeit von Moskau zu begeben. Präsident Donald Trump unterzeichnete schließlich ein Gesetz, um Nord Stream 2 zu torpedieren – mit Sanktionen. Die Fertigstellung der Pipeline verzögerte sich, wurde aber nicht verhindert. Ein Grund: Joe Bidens Wahlsieg im November 2020. Der Demokrat wollte der Bruchialpolitik seines Vorgängers abschwören und die Beziehungen zu Deutschland reparieren. Biden verzichtete darauf, das Sanktionsgesetz in seiner vollen Härte anzuwenden.

Aus dem Kongress, wo Nord Stream 2 auf parteiübergreifenden Widerstand traf, kam Protest. Je mehr russische Truppen an der Grenze zur Ukraine aufmarschierten, desto größer wurde der Druck auf Biden. Um seine Kritiker zu besänftigen, stellte Biden am 7. Februar 2022 während des Antrittsbesuchs von Bundeskanzler Olaf Scholz klar: „Wenn Russland einmarschiert, wird es kein Nord Stream 2 mehr geben. Wir werden dem ein Ende setzen.“ Hat Biden damit die Anschlagpläne angedeutet, wie der Hersh-Artikel suggeriert? Sicher ist: Immer wieder hat sich die Biden-Regierung mit dem Nord-Stream-Dilemma beschäftigt.

Schon ein paar Wochen nach Bidens Amtsübernahme rief sein Sicherheitsberater Jake Sullivan Vertraute zusammen, um die Pipeline-Frage zu besprechen. Wie das Handelsblatt von Diplomaten erfuhr, die in die Beratungen der US-Regierung eingeweiht waren, wurden dramatische Schritte zum Stopp von Nord Stream 2 erwogen.

Darunter eine Maßnahme, die intern als „nukleare Option“ bezeichnet wurde. Gemeint war allerdings auch hier keine Bombe, sondern eine ultimative Wirtschaftsstrafe. Konkret: Sanktionen gegen Gazprom, den russischen Energiekonzern, der Nord Stream 1

und 2 betrieb. Hätten die USA Gazprom sanktioniert, wäre der Gasexport von Russland in die EU wohl zum Erliegen gekommen. Um die Versorgungssicherheit Europas nicht zu gefährden, schreckte das Weiße Haus vor diesem Mittel zurück.

Weitere Möglichkeiten

Letztlich erübrigten sich die Washingtoner Planspiele. Als Russland mit der Einverleibung der ukrainischen Provinzen Luhansk und Donezk die finalen Kriegsvorbereitungen traf, setzte die Bundesregierung die Zertifizierung von Nord Stream 2 aus. Die Pipeline ging nie in Betrieb. Den Gastransit durch Nord Stream 1 begannen die Russen im Sommer 2022 immer weiter zu drosseln, bis er schließlich, ein paar Wochen vor der Pipeline-Explosion, ganz zum Erliegen kam. Als dänische und schwedische Messstationen am 27. September die Erschütterungen am Ostseegrund registrierten und wenig später die Lecks entdeckten, lag die deutsch-russische Energiebeziehung schon in Trümmern. Darauf bezieht sich Rubin, wenn er über den Hersh-Bericht sagt: „Es wäre verrückt von uns, so et-

was zu tun.“

Aber wer war es dann? Einen Unfall haben die Ermittler ausgeschlossen, ansonsten hüllen sie sich in Schweigen. Als wahrscheinlichste Variante gilt unter europäischen Diplomaten weiterhin, dass die Russen die Pipelines selbst gesprengt haben. Dafür spricht, dass ausgerechnet ein Strang von Nord Stream 2 unbeschädigt geblieben ist und der Kreml Deutschland Lieferungen durch dieses Rohr angeboten hat – wohl wissend, dass die Offerte den Westen spalten könnte.

Aber es gibt auch andere Möglichkeiten. Der US-Politologe Ian Bremmer mutmaßte zuletzt, dass die Ukrainer den Anschlag verübt haben könnten. Belege gibt es dafür nicht, ob die Ukraine dazu überhaupt in der Lage wäre, ist fraglich. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz hat sich inzwischen geäußert, allerdings ohne viel zu sagen. „Wer die Pipeline hochgesprengt hat, kann man vermuten“, so Scholz bei einer Bürgerbefragung. „Auch wenn hier vermutlich alle denken, wie das ist, darf man sich nicht in Spekulationen ergehen.“